

Das Grundeinkommen rechnet sich schon heute

Argumente (Kurzfassung)¹ von Dipl.-Volksw. Robert Carls

1. Höhe des Grundeinkommens

Das monatliche Grundeinkommen beträgt für Erwachsene ab 18 Jahre 1.200 € und für Kinder und Jugendliche 500 €.

2. Staatliche Zusatzleistungen für alle Bürger

Die unter „Gesetzliche Sozialabgaben“ zusammengefassten Leistungen der Kranken-, Pflege-, Unfall- und Arbeitslosenversicherung werden in eine Versicherungsleistung des Staates für alle Bürger umgewandelt und durch Steuern finanziert.

3. Ablösung von Leistungen des Sozialbudgets durch das Grundeinkommen

Das Grundeinkommen kann zahlreiche heute über Steuern und Sozialabgaben gezahlte soziale Einkommensleistungen in Höhe von 450 Mrd. € (Bezugsjahr 2011) ersetzen:

- Zu 100%: Renten der Gesetzlichen Rentenversicherung, Kindergeld und Familienlastenausgleich, Grundsicherung für Arbeitsuchende, Sozialhilfe, Ehegattensplitting, Erziehungsgeld/Elterngeld, Familienzuschläge, Alterssicherung der Landwirte, Wohngeld
- Anteilig bis zur Höhe des Grundeinkommens (Schätzwert 50%): Pensionen, Betriebliche Altersversorgung, Entgeltfortzahlung, Zusatzversorgung, Versorgungswerke, private Unfallversicherung, private Altersvorsorge

4. Verrechnung des Grundeinkommens mit der Einkommensteuerschuld durch das Finanzamt

Das Grundeinkommen wird in voller Höhe ausgezahlt, wenn keine Markteinkommen erzielt werden und daher keine Einkommensteuern anfallen. Entsprechend verringert sich die Auszahlung des Grundeinkommens mit steigendem Markteinkommen und zunehmendem Steuerbetrag. Ab einer Steuerschuld von über 1.200 € pro Monat (14.400 € pro Jahr) entfällt das Grundeinkommen. Der nach Abzug des Grundeinkommens verbleibende Steuerbetrag wird vom Bürger an das Finanzamt gezahlt und vermindert das erzielte Markteinkommen.

5. Höhe des Einkommensteuersatzes, Finanzierung der staatlichen Leistungen und Bilanz der Verrechnung

Die bisher getrennte Erhebung von direkten Einkommensteuern und Sozialabgaben wird auf einen pauschalen Einkommensteuersatz von 58,5% umgestellt, der ein neues Gleichgewicht von Einnahmen und Ausgaben des Staates nach Einführung des Grundeinkommens auf Grundlage der tatsächlichen Werte von 2011 gewährleistet. 50 % der Bevölkerung zahlen wegen der Verrechnung keine Einkommensteuern. Diese verlagern sich auf die restlichen 50% mit steigenden Steuerbeträgen entsprechend den steigenden Markteinkommen. Bezieher von Jahreseinkommen über 125.000 € zahlen im Vergleich zu heute (Januar 2015) höhere Steuern (weitere Details zum Vergleich und Berechnungen für verschiedene Einkommen s. Tabelle auf der Rückseite).

Zusammen mit den Einnahmen aus den indirekten Steuern stehen dem Staat (Bund, Länder, Kommunen) nach Einführung des Grundeinkommens ausreichende Haushaltsmittel zur Finanzierung des Grundeinkommens (317 Mrd. €), der steuerfinanzierten Versicherungsleistungen, weiterer Sozialleistungen im Rahmen des Sozialbudgets und der sonstigen staatlichen Aufgaben zur Verfügung.

Durch die Verrechnung des Grundeinkommens mit der Steuerschuld verringern sich die bisherigen Sozialleistungen um 133 Mrd. €. Davon bleiben 33 Mrd. € als Reserve beim Staat und 100 Mrd. € als Einkommen beim Bürger.

6. Das Grundeinkommen rechnet sich

- Das Grundeinkommen ist bezahlbar. Durch die Verrechnung mit der Steuerschuld erhalten nur ca. 10% der Bevölkerung den vollen Betrag. Rund 40% bekommen mit steigendem Markteinkommen abnehmende Ansprüche auf das Grundeinkommen. Für die restlichen 50% vermindert das Grundeinkommen die zu zahlenden Einkommensteuern.
- Die Erwerbsarbeit behält ihren hohen Stellenwert als Quelle zur Steigerung des individuellen Einkommens.
- Im Durchschnitt steigen die verfügbaren Einkommen und damit die Kaufkraft der Bürger um ca. 22 % an mit deutlich höheren Zuwächsen in den unteren und mittleren Einkommensgruppen.
- Durch die Verrechnung entfallen Sozialleistungen in Höhe von 133 Mrd. €. Von diesen Einsparungen können 100 Mrd. € an die Bürger zurückgezahlt werden.
- Alle Mitglieder von Familien und Partnerschaften erhalten mit dem eigenen Einkommen und dem zusätzlichen Anspruch auf das staatliche Versicherungspaket
 - Sicherheit für die individuelle Lebens- und Familienplanung und
 - Selbstbestimmung über den Einsatz ihrer Arbeitskraft

¹ Der vollständige Vorschlag wird Interessenten gerne zugeschickt.